

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie zur 19. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zwei Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung verweise ich darauf, dass die Fraktionen von SPD und Grünen entsprechend § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung eine **Änderung der Tagesordnung** beim Präsidium beantragt haben. Es geht dabei um Tagesordnungspunkt 4, die Fragestunde. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Frau Altenkamp, bitte schön.

Britta Altenkamp (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen, den Tagesordnungspunkt 4 „Fragestunde“ auf den morgigen Tag zu legen und den Tagesordnungspunkt 4 des morgigen Tages heute unter Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln.

Wir haben in der gestrigen Ältestenratssitzung schon angekündigt, dies tun zu wollen. Ich will Ihnen sagen, dass dies unmittelbar mit den Beratungen im federführenden Ausschuss, dem kommunalpolitischen Ausschuss, zusammenhängt. Wir haben den Eindruck, dass es den Oppositionsfraktionen vor allem darum geht, den Abschluss dieses Gesetzgebungsverfahrens zum Thema „Gemeindefirtschaftsrecht“ zu verzögern und zu verschleppen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Vor diesem Hintergrund wollen wir die Beratung zum Thema „Revitalisierung des Gemeindefirtschaftsrechts“ und die entsprechenden Empfehlungen des federführenden Ausschusses schon heute unter Tagesordnungspunkt 4 führen. Ich würde mich freuen, wenn die Oppositionsfraktionen dieser Änderung zustimmen könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Laschet gemeldet.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Altenkamp hat gerade versucht, die Motivationslage der Oppositionsfrak-

tionen zu beschreiben. Für die Zuhörer ist es vielleicht wichtig, zu wissen, dass die Geschäftsordnung des Landtags vorsieht, dass bei bestimmten wichtigen Sachverhalten, die ins Parlament eingebracht werden, Anhörungen von Menschen außerhalb dieses Parlaments stattfinden. Es sind Sachverständige, die davon betroffen sind – hier insbesondere von den Kommunen, wenn es um Gemeindefirtschaftsrecht geht.

(Zuruf von der SPD: Die haben alle nichts dagegen!)

Die drei kommunalen Spitzenverbände wollen das Recht haben, gehört zu werden.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb hätte dieser Tagesordnungspunkt heute gar nicht auf der Tagesordnung stehen dürfen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Frau Ministerpräsidentin, es hilft auch nichts, jetzt in einer Geschäftsordnungsdebatte dazwischenzurufen, denn eigentlich hatten Sie mal einen neuen Stil angekündigt.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie peitschen schlicht und einfach mit Ihrer Mehrheit durch, und diese Mehrheit ist längst keine rot-grüne Mehrheit mehr: Sie haben Die Linke auf Ihrer Seite, weswegen wir die Abstimmung heute verlieren werden. Aber es macht sichtbar, welches Ziel Sie mit Ihrer Politik vertreten.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD, von den GRÜNEN und von Rüdiger Sagel [LINKE])

Man kann es den Menschen auch optisch zeigen: Der Gesetzentwurf hatte zwölf Seiten, der Änderungsantrag hat 28 Seiten, und man sagt dazu, es gebe keinen neuen Sachverhalte. – Das sind nicht 28 Seiten weißes Papier, das ist eine substantielle Änderung. Und deshalb lehnen wir diese Verschiebung ab.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Laschet. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich nahtlos den Worten meines Vorredners anschließen. Auch wir als FDP-Landtagsfraktion sind außerordentlich irritiert und auch verärgert über das Verfahren, das hier praktiziert wird.

Wir haben uns, als wir im Ältestenrat die Tagesordnung für diese Plenarwoche festgelegt haben, ein-

vernehmlich und einmütig darauf verständigt, morgen das Gemeindefinanzrecht zu beraten. Es gab bei niemandem von den Oppositionsfraktionen das Ziel, irgendetwas zu torpedieren – so die einvernehmliche Verabredung seinerzeit.

(Zuruf von der SPD)

Sie haben dann in der Tat letzten Freitag im kommunalpolitischen Ausschuss als Tischvorlage das Dokument vorgelegt, das Herr Laschet Ihnen gerade noch einmal vorgehalten hat, und wollen jetzt über einen Verfahrenstrick zu einer weiteren Beschleunigung beitragen.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Das heißt, Sie wollen, nachdem Sie zusätzlich 27 Seiten Text mit neuen Paragrafen vorgelegt haben, die bislang nicht Regelungsgegenstand und Anhörungsgegenstand waren, das Verfahren von morgen auf heute vorziehen. Wir sind der festen Auffassung: Sie missachten Anhörungsrechte. Das hat nichts mit dem Anspruch eines neuen Politikstils und der Stärkung des Parlaments zu tun, wovon Hannelore Kraft in diesem Landtag und außerhalb so gerne redet. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bild, das hier besonders von Herrn Witzel gezeichnet worden, ist wirklich die Perversion des Vorgangs. Das muss man sehr deutlich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Unverschämt! – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Die Minderheitenrechte in diesem Haus werden sehr hoch gehalten. Das betrifft die Anhörungsrechte, und das betrifft die Redezeiten sehr genau.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Ihr Verhalten im kommunalpolitischen Ausschuss hat dazu beigetragen, dass wir heute diesen Geschäftsordnungsantrag stellen.

(Ralf Witzel [FDP]: Trickserie! – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Frau Abgeordnete Beer hat das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Hierzu will ich noch anmerken: Weder haben Sie eine Mehrheit für einen Antrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hinbe-

kommen, noch haben Sie einen Antrag nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung gestellt, den Sie hätten stellen können. All diese Instrumente haben Sie nicht genutzt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Geschäftsordnung des Landtags gibt sehr deutliche Vorgaben: Sie hätten eine Zweidrittelmehrheit erreichen müssen. Denn das, was bei allen Minderheitenrechten nicht passieren darf, ist, dass Sie parlamentarische Verfahren verschleppen. Das ist nach Ihren Ausführungen im kommunalpolitischen Ausschuss eindeutig das Ziel.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Hinzu kommt, dass es keinen neuen Gesetzesgegenstand gibt. Der Inhalt des vorliegenden Gesetzentwurfs war Grundlage für die Frageliste für die Anhörung. Dies ist beraten, mehrfach von Abgeordneten nachgefragt, mehrfach von Experten vorgebracht worden. Deswegen handelt es sich auch nicht um einen neuen Gegenstand.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

– Lautstärke ersetzt keine Rechtsposition, meine Damen und Herren!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zurufe von der CDU und von der FDP)

In der Tat ist schon im kommunalpolitischen Ausschuss die Entscheidung getroffen worden, dass es sich nicht um einen neuen Tatbestand handelt. Sie müssen diese Mehrheitsverhältnisse akzeptieren. Insofern werden wir die Tagesordnung entsprechend verändern können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch uns interessieren die Minderheitenrechte in diesem Hause sehr. Wir könnten demnächst selbst davon betroffen sein.

Gleichwohl – wir hatten gestern Abend eine Ältestenratssitzung, in der die Problematik ausführlich diskutiert wurde. Beide Seiten haben ihre Argumente vorgetragen. Nach Beratung in unserer Fraktion haben wir den Eindruck gewonnen, dass die Argumente der Koalitionsfraktionen, der Regierungsfaktionen, die besseren sind.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ah! und weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Unter Abwägung der Argumente beider Seiten kommen wir zu dem Schluss, dass wir der Änderung der Tagesordnung zustimmen. – Danke.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Michalowsky. – Das waren die Stellungnahmen der Fraktionen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Änderung der Tagesordnung, nämlich den **Tausch der Tagesordnungspunkte 4 der beiden Plenartage**. Wer diesem Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Ah!)

Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? –

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen von CDU und FDP der Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen angenommen und die Tagesordnung an den beiden Plenartagen so geändert, wie wir gerade **beschlossen** haben.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 SPD und Grüne blockieren Entscheidung zum E.ON Kraftwerk Datteln IV

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/917

In Verbindung mit:

Kraftwerk Datteln: Verfahrenstricks von SPD und GRÜNEN im RVR statt Klimaschutz?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/918

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 13. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dem genannten Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt. Zum inhaltlich gleichen Thema hat die Fraktion Die Linke ebenfalls mit Schreiben vom 13. Dezember 2010 eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Hovenjürgen das Wort.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Montag dieser Woche hat es im RVR eine bemerkenswerte Situation gegeben. Die Verwaltung des RVR legt einen Erarbeitungsbeschluss zum Kraftwerk Datteln vor. Es gibt einen Änderungsantrag von Rot-Grün, von dem wir mittlerweile wissen, dass auch ein Mitarbeiter der Staatskanzlei in seiner Freizeit an ihm mitgewirkt hat. Ich hoffe, dass das die Prüfung, die jetzt in der Staatskanzlei erforderlich ist, nicht beeinträchtigt. In diesem Kompromiss ist es dann dazu gekommen, einen Nichtbeschluss zu formulieren. Genauso sieht es die RVR-Spitze – und deswegen ihre Fragestellung an die Staatskanzlei.

Frau Ministerpräsidentin, das Problem ist jetzt bei Ihnen angekommen. Ich hoffe, Sie werden dafür sorgen, dass Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen möglich bleibt.

(Beifall von der CDU)

Und ich hoffe, Sie sorgen auch dafür, dass letztendlich nach Recht und Gesetz entschieden werden kann und nicht koalitionäre Fragen im Vordergrund stehen, wie es in den Medien – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten verschiedene Überschriften – angekommen ist: Ein rot-grünes Stillhalteprojekt – SPD hilft Grünen beim Spiel auf Zeit; Kraftwerk: Rot-Grün lässt lieber Juristen sprechen.

Meine Damen und Herren, ein bisschen erinnerten die Vorgänge im RVR an die eingangs geführte Diskussion um die Tagesordnung: Die Mehrheit hat sich über Sachverstand hinweggesetzt, der Sachverstand der eigenen Verwaltung wurde ausgehebelt, und am Ende stand ein Nichtbeschluss. Dass E.ON mit dem Beschluss leben kann, weil es überhaupt ein bisschen Bewegung gibt – so die Formulierung, meine ich, bei E.ON –, ist vielleicht dem zu schulden, dass man wenigstens noch eine Resthoffnung bei E.ON hat, dass über die Staatskanzlei vielleicht doch noch Vernunft in den Vorgang hineinkommt.

Aber noch etwas will ich zur Kenntnis geben. Meine Damen und Herren, es hat mich tief verstört bzw. beeindruckt, dass ein Herr namens Tönnies, Mitarbeiter der grünen Fraktion hier, Fraktionsvorsitzender der Grünen im RVR, Dinge verkündet, von denen ich nicht wusste, dass sie schon entschieden sind. Im Zuge der Planungen um Datteln 4 hat E.ON angekündigt, die Blöcke 1, 2 und 3 in Datteln und Shamrock stillzulegen. Da aber Datteln 4 nicht ans Netz gehen kann, gibt es einen Antrag, diesen Stilllegungsbeschluss zurückzunehmen. Herr Tönnies hat verkündet, dass dieser Beschluss nicht